

Medienmitteilung

Themen	Die glp BS fasst die Parolen für den 28. September 2014
Für Rückfragen	David Wüest Rudin, Tel. 079 448 12 44 david.wueest@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Basel-Stadt www.bs.grunliberale.ch
Datum	26. August 2014

Stimmfreigabe zur Gastroinitiative und einstimmiges JA zur Fusionsprüfung

Nach dem erfreulichen Regierungsratswahlkampf von Martina Bernasconi rückten an der gestrigen Mitgliederversammlung (MV) der glp BS die Parolenfassungen zum 28. September in den Fokus.

Die glp BS hat an der gestrigen Vorstandssitzung folgende Parolen gefällt:

Eidgenössische Vorlagen:

- Stimmfreigabe zur Volksinitiative «Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!»
- NEIN zur Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse»

Kantonale Vorlagen:

- JA zur Änderung der Kantonsverfassung (Gegenvorschlag zur formulierten Verfassungsinitiative «Für die Fusion der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft»)
- JA zur Stadtentwicklung Ost (bereits an einer früheren MV beschlossen)
- JA zur Stadtentwicklung Süd (bereits an einer früheren MV beschlossen)

Fusionsfrage war Formsache

Nachdem die Fraktion bereits im Vorfeld einstimmig die JA-Parole beschlossen hatte, folgte gestern die Mitgliederversammlung einstimmig mit JA bei einer Enthaltung. Martina Bernasconi, Mediensprecherin BS des Komitees für «kein Basel», präsentierte die Vorlage

Abweichende Parole zur glp CH bei der Gastroinitiative

Währendem die DV der glp CH mit einem klaren Mehr die Gastroinitiative abgelehnt hatte, führten Diskussionen über Steuergerechtigkeit und die Frage, ob man die Probleme im Gastgewerbe mit einer MwSt-Senkung lösen könne, zu vielen Enthaltungen. Einig waren sich die Mitglieder, dass man eigentlich einen einheitlichen Steuersatz möchte. Dem Antrag auf Stimmfreigabe stimmte die MV extrem knapp mit einer Stimme Unterschied zu. Zuerst wurde deutlich die NEIN-Parole beschlossen.

Klares NEIN zur öffentlichen Krankenkasse

Im ersten Teil der MV referierten die beiden Allgemeinmediziner Dr. med. Peter Flubacher (Pro-Seite) und Dr. med. Florian Sutter (Contra-Seite) über die öffentliche Krankenkasse. Die MV lehnte die Volksinitiative schliesslich wuchtig ab.